

Antrag Nr. 17-F-21-0072

SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Personalsituation im Ordnungsamt (Bürgerbüro) - Änderungsantrag zu SV 17-V-07-0004
-Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90 Die Grünen vom 21. Juni 2017-

Antragstext:

Im Zentralen Bürgerbüro des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt Wiesbaden haben gesetzliche Aufgabenzuwächse, gestiegene Fallzahlen und eine Ausweitung der Öffnungszeiten mit einer einhergehenden Steigerung des Dienstleistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt zu einer Personalunterdeckung von 1,78 VZÄ geführt.
Der Ausschuss möge beschließen, dass

1. die zur Erledigung der gesetzlichen Aufgaben dringend erforderlichen zwei Stellen (1,78 VZÄ, Stellenwert E8) bei Dez. VII/ 31 Bürgerbüro schnellstmöglich unbefristet besetzt werden. Die Stellen werden zum Stellenplan 2018/ 19 angemeldet, die Ausschreibung und Besetzung wird vorab der Genehmigung des Stellenplans erteilt. Das erforderliche Personalbudget wird Dez. VII/ 31 für 2017 üpl. und ab 2018/ 19 dauerhaft außerhalb der Orientierungsrahmendaten zugesetzt.
2. eine Entscheidung über die Entfristung der für die zwei Jahre befristet eingestellten 3,5 VZÄ (Stellenwert E8) für die melderechtliche Anmeldung von zugewiesenen Flüchtlingen, einer Stelle (Stellenwert E8) für die Sachbearbeitung der Zweitwohnsitzsteuer im Bürgerbüro sowie zwei Stellen (Stellenwert E8) für die Kontrolle der Taxifahrer bei der Zulassungsbehörde ist im Haushaltsplanaufstellungsverfahren durch die Gremien zu treffen ist.

Wiesbaden, 22.06.2017